

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 5/2017

20. Dezember 2017



Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2017 neigt sich dem Ende zu. Es war und ist noch immer ein aufregendes und auch aufreibendes Jahr, sowohl für mich persönlich als Landtagsabgeordneter und Fraktionsvorsitzender, aber auch für unsere Partei.

Im Stuttgarter Landtag wurde der Doppelhaushalt für die nächsten beide Jahre verabschiedet. Die vorangegangenen Haushaltsdebatten sind nicht irgendwelche Debatten, sondern die zentrale Auseinandersetzung über die konkrete Umsetzung der politischen Leitlinien. Dieses Parlament, als gewählte Repräsentanz des Volkes, hat mehr Respekt von der Regierung verdient. Insbesondere in den Aussprachen der Fraktionen zur Einbringung des Haushalts in den Landtag haben sowohl der Ministerpräsident als auch seine Kabinettskollegen größtenteils durch Abwesenheit gegläntzt. Zu Beginn seiner Regierungszeit hatte Ministerpräsident Kretschmann noch zum Ausdruck gebracht, dass gute Politik von unten wachsen und echte Führungsstärke der Fähigkeit zuzuhören entspringen müsse. Aber um zuhören zu können, muss man zu allererst körperlich anwesend sein.

Trotz der extrem günstigen Finanzsituation gelingt es Grün-Schwarz nicht, endlich politischen Gestaltungswillen zum Wohle der Menschen im Land zu zeigen. Wo sind die politischen Konzepte, mit denen Baden-Württemberg den Herausforderungen der Zukunft gewachsen sein soll? Es gibt nach wie vor keine Schnittmenge zwischen Grünen und CDU, es sind vielmehr nur die zusätzlichen Steuermilliarden, die diese Koalition zusammenkitten. Die wichtigsten

Aspekte meiner Stellungnahme als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion zum vorgelegten Staatshaushalt möchte ich in diesem Newsletter darlegen. Des Weiteren werde ich kurz über den Bundesparteitag in Berlin und seine Wahlergebnisse sowie über einige meiner Wahlkreisbesuche berichten.

Mit Blick auf den Bund kann ich nur sagen, es ist gut, dass „Jamaika“ nicht gekommen ist, denn die soziale Frage wäre von einer ökokonservativen Regierung nie und nimmer beantwortet worden. Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen wären dabei auf der Strecke geblieben.

Doch stellt das Misslingen der Sondierungsgespräche zwischen CDU, CSU, FDP und Grünen in Berlin die Sozialdemokratie in Deutschland vor eine Zerreißprobe. Dem Willen, unser Profil nach dem Wahldesaster im September in der Opposition zu erneuern und uns für die Zukunft als eine gestärkte und geeinte politische Kraft aufzustellen, steht nun die Frage der Verantwortung für Deutschland gegenüber. Kann und darf die SPD ihre Regierungsverantwortung, der sie in den letzten Jahren mehr als gut nachgekommen ist, einfach so aus den Händen geben? Was heißt es für die Menschen, wenn der CDU/CSU kein sozialdemokratisches Gegengewicht mehr die Waage hält? Wer beantwortet dann die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit im Bund? Mit Blick auf die derzeitige Politik in Baden-Württemberg, bin ich der Überzeugung, dass es im Bund der Stimme der SPD unbedingt bedarf. Ob das in Form einer Koalition oder einer tolerierten Minderheitsregierung geschieht, werden die kommenden Gespräche zeigen. Es wird auf jeden Fall keine einfache Entscheidung und es wird unsere traditionsreiche SPD vor große, insbesondere innerparteiliche Herausforderungen stellen.

Ich wünsche Euch, Euren Familien und Freunden eine frohe und entspannte Weihnachtszeit und einen guten Rutsch in ein gesundes und glückliches neues Jahr. Und natürlich wie immer auch eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch MdL

Verabschiedung Landeshaushalt

Die Landesregierung hat nach der Verabschiedung der Einzelrats und nach Dritter Lesung den Doppelstaatshaushalt 2018/2019 mit den Stimmen der Regierungskoalition mehrheitlich verabschiedet. Dieser Haushalt umfasst mehr als 100 Milliarden Euro (für 2018 ca. 49,8 und für 2019 ca. 51,1 Milliarden Euro). Selten in der Geschichte Baden-Württembergs konnte eine Regierung unter solch rosigen Voraussetzungen einen Haushalt aufstellen. Immer weiter wachsende Rekorderlöse und Rekordüberschüsse führen dazu, dass im nächsten Doppelhaushalt 3,4 Milliarden Euro auf die Seite gelegt werden können. Nach aktuellen Steuerschätzungen kommen nochmals ca. 1,6 Milliarden Euro an Steuermehreinnahmen dazu. Diese günstige Ausgangssituation ist aber keineswegs der jetzigen Landesregierung zuzuschreiben, sondern beruht auf der Leistung der Arbeitnehmer im Land und auf der konsequenten Konsolidierung des Landeshaushalts unter der Vorgängerregierung mit SPD-Finanzminister Nils Schmid.



Grün-Schwarz lässt Kommunen im Stich

Doch trotz dieser positiven finanziellen Voraussetzungen setzt die Landesregierung ihren kommunalfeindlichen Kurs von 2017 weiter fort und lässt die Kommunen im Stich. Mit der Erhöhung des Vorwegabzugs beim kommunalen Finanzausgleich um 321 Millionen Euro hat das Land die Städte und Gemeinden geschröpft. Ihnen gehen dadurch pro Kopf ca. 30 Euro pro Jahr verloren. Das ist richtig viel Geld, zumal in den Jahren zuvor das SPD-geführte Finanzressort für eine maßgebliche finanzielle Entlastung der Kommunen gesorgt hatte. Den von den kommunalen Landesverbänden kommenden Vorschlag zur Einigung hat Grünen-Finanzministerin Sitzmann nicht berücksichtigt und damit den Dialog mit den Kommunen aufgeköndigt. Die von Grün-Schwarz bereitgestellten Mittel reichen nicht aus, damit die Städte und Gemeinden die wachsenden Herausforderungen bewältigen können. Im Rahmen eines kommunalen Investitionspakets hat die SPD-Fraktion deshalb für die beiden Haushaltsjahre 500 Millionen Euro für die Sanierung und Modernisierung von Schulgebäuden gefordert. Bestandteil dieses Pakets sind darüber hinaus 117 Millionen Euro für

Krankenhausinvestitionen, zusätzliche 270 Millionen Euro für die Wohnraumförderung und 100 Millionen Euro für den Ausbau des Fuhrparks im öffentlichen Nahverkehr.

Einstieg in die Gebührenfreiheit bei Kitas

Die hohen Kita-Gebühren belasten viele junge Familien, bei weitem nicht nur Geringverdiener. Die SPD-Fraktion fordert, Landesmittel in Höhe von 120 Millionen Euro jährlich für einen Einstieg in die Gebührenfreiheit bereitzustellen. Ein solcher Einstieg wäre finanzpolitisch vorsichtig und verantwortbar: Für alle drei Jahre würde die Abschaffung der Gebühren für den Kindergarten 350 Millionen Euro pro Jahr kosten. Das ist ungefähr die Hälfte der erwarteten jährlichen Steuermehreinnahmen 2018 und 2019 und es ist fast genau die Summe, die wir vom Bund ab 2020 als Ergebnis der Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich bekommen. Damit bliebe immer noch genügend Geld übrig, um Landesschulden zu tilgen. Eins muss dabei aber klar sein: Ein kostenloser Zugang darf nicht auf Kosten der Qualität gehen. Die SPD will den Einstieg in die Gebührenfreiheit bei gleichzeitiger Qualitätssicherung.

Wohnraum darf kein Luxusgut werden

Ein weiterer Bereich, in dem erhöhter Investitionsbedarf besteht, ist die Wohnraumförderung. Die Wohnungsknappheit im Land nimmt immer weiter zu. Viele Menschen mit kleinem, aber auch mit mittlerem Einkommen können sich aufgrund explodierender Mieten keine Wohnung mehr leisten. Die Landesregierung rühmt sich, die Wohnraumförderung auf sehr hohem Niveau mit jährlich 250 Millionen Programmolumen fortzuführen, verliert aber kein einziges Wort darüber, dass sie quasi nur die Bundesmittel weiterreicht, ohne dabei genügend eigene landespolitische Gelder zur Verfügung zu stellen. Einzig auf den Bund zu vertrauen, ist zu wenig. Deswegen fordert die SPD-Fraktion, die Wohnraumoffensive, die unter Grün-Rot begonnen wurde, endlich fortzusetzen. Wohnraum darf in einem so reichen Bundesland wie Baden-Württemberg nicht zum Luxusgut werden.

Pakt für Integration verlängern

Die Kommunen stehen hinsichtlich der Integration von Flüchtlingen immer noch vor großen und langwierigen Herausforderungen. Das Land hat jedoch den Pakt für Integration auf 2018 beschränkt. 2019 sind keine Mittel vorgesehen. Die SPD fordert, die Kommunen über 2018 hinaus zu unterstützen und ihnen damit Planungssicherheit zu geben.

Meine gesamte Rede zur Einbringung des Haushalts ist zu verfolgen unter: <http://www.landtag-bw.de/home/mediathek/videos/2017/20171115sitzung0471.html?t=9093>

SPD-Bundesparteitag

Vom 7. bis 9. Dezember fand der Bundesparteitag in Berlin statt. Es waren drei Tage intensiver und kontroverser Debatten. Der Parteitag stand nach dem schmerzhaften Ergebnis für die SPD bei der Bundestagswahl im September und vor dem Hintergrund, inwiefern wir uns an einer Regierung beteiligen oder doch in die Opposition gehen, vor großen Herausforderungen. 600 Delegierte und der Parteivorstand diskutierten über neue Wege für die Partei und für eine bessere Zukunft für die Menschen in Deutschland und in Europa.

Parteichef Martin Schulz warb in einem leidenschaftlichen Appell um die Unterstützung der Genossinnen und Genossen für ergebnisoffene Gespräche mit CDU und CSU über eine mögliche Regierungsbildung. Dabei gehe es nicht um die Frage GroKo oder nicht GroKo, auch nicht um die Frage Minderheitsregierung oder Neuwahlen, sondern um die Frage, wie wir als SPD unserer Verantwortung jetzt und auch gegenüber der nächsten Generation gerecht werden können. Schulz kündigte die Erneuerung der Partei an: „Wir müssen schonungslos die letzten 20 Jahre aufarbeiten, nicht um uns in rückwärtsgewandten Debatten zu verlieren, sondern um aus den Fehlern zu lernen und eine Vision von der Zukunft zu entwickeln, die wieder Menschen begeistert und von uns überzeugt.“ Mit viel Beifall nahmen die Delegierten und Gäste im Saal seine Rede auf.



Die Delegierten aus Baden-Württemberg

Der Bundesparteitag war gleichzeitig auch ein Wahlparteitag. Martin Schulz wurde mit 81,9 Prozent erneut zum Parteivorsitzenden gewählt. Als Stellvertreter wurden Malu Dreyer, Natascha Kohnen, Thorsten Schäfer-Gümbel, Olaf Scholz, Manuela Schwesig und Ralf Stegner gewählt. Neuer Generalsekretär ist Lars Klingbeil. Er sieht seine Kernaufgabe im Erneuerungsprozess der Partei und forderte in seiner Rede dazu auf, zu einer neuen Kultur der Gemeinsamkeit und Gleichberechtigung zu kommen. Als Generalsekretär will er diesen Kulturwandel vorantreiben. Er versprach mehr Beteiligungsmöglichkeiten, insbe-

sondere digital, weniger autoritäre Strukturen, weniger Breitbeinigkeit, eine andere Diskussionskultur und mehr Familienfreundlichkeit.

Die Delegierten haben auf dem Parteitag zwei Leitenträge beschlossen, einen zur inhaltlichen und organisatorischen Erneuerung der Partei und einen zu ergebnisoffenen Gesprächen mit CDU und CSU über eine Regierungsbildung. Über die Ergebnisse der Sondierungsgespräche soll dann ein Sonderparteitag abstimmen. Sollten die weiteren Gespräche zu einer Koalition führen, würde ein Koalitionsvertrag allen 440.000 Mitgliedern zur Abstimmung vorgelegt.



Landesvorsitzende Leni Breymaier

Der SPD-Parteivorstand hat sechs Beisitzerinnen und Beisitzer für das Präsidium gewählt. Neben unserer Landesvorsitzenden und Wahlkreisabgeordneten Leni Breymaier wurden Doris Ahnen, Hubertus Heil, Aydan Özoğuz, Svenja Schulze und Johanna Uekermann gewählt. Das Präsidium setzt sich zusammen aus dem Parteivorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden, dem Generalsekretär, dem Schatzmeister, dem Beauftragten des SPD-Parteivorstands für die Europäische Union und den Beisitzern. Ich persönlich ziehe eine sehr positive Bilanz aus diesem Bundesparteitag. Er hat gezeigt, dass die Mitglieder in lebendigen und durchaus kontroversen Diskussionen für das Beste - nicht nur für unsere Partei, sondern auch für unser Land - ringen. An der SPD kommt eine neue Bundesregierung nicht vorbei!



Im Gespräch mit der Presse (Fotos SPD Baden-Württemberg)

Neues Konzept Für Elser-Gedenkstätte



Bei einem Besuch in Königsbronn informierten mich Bürgermeister Michael Stütz und Hauptamtsleiter Joachim Ziller über die Pläne der Gemeinde, die Georg-Elser-Gedenkstätte neu zu konzipieren und barrierefrei zu gestalten. Die geschätzten Kosten betragen ca. 800.000 Euro. Um dieses engagierte Projekt stemmen zu können braucht Königsbronn Unterstützung von Bund und Land.

Zum Gespräch im Hermaringer Rathaus



Hermaringen möchte mit der Altortreaktivierung fortfahren und plant den Bau eines Pflege- und Seniorenzentrums sowie von Miet- und Eigentumswohnungen auf dem Mühlenareal. Damit will die Gemeinde Angebote schaffen, um ältere Menschen an ihrem angestammten Wohnort zu halten und gleichzeitig Wohnraum für junge Familien bereitzustellen. Bürgermeister Mailänder ist es dabei wichtig, dass die Gebäude flexibel genutzt werden können, um auf die unterschiedlichen und sich wandelnden Bedürfnisse der Menschen einzugehen. Außerdem wurden in dem Gespräch mit den Gemeinderäten die hausärztliche Versorgung im Ort, der Lärmschutz entlang der B 492 und die Auswirkungen der Riedanbindung in Giengen diskutiert. Einig war man sich, dass das Land seiner Verantwortung gegenüber den Kommunen nachkommen müsse. Kritik wurde dabei an der Erhöhung des Vorwegabzugs beim kommunalen Finanzausgleich geübt. Das koste die Kommunen sehr viel Geld, das gerade kleine Orte dringend für den Ausbau und Erhalt der Infrastruktur brauchen.

Auf Tour durch Gerstetten



Beim Wahlkreisbesuch in Gerstetten führten mich Bürgermeister Roland Polaschek mit Ortsvorsteherin Anette Lindenmaier und Ortsbaumeister Bernd Müller in Dettingen durch den beeindruckenden Neubau der Lindehalle. Ich konnte mich vor Ort überzeugen, dass sich der lange Kampf um Förderung gelohnt hat. Die architektonisch kluge und vorwiegend mit Holz gebaute Halle wird den Ansprüchen für sportliche und kulturelle Veranstaltungen bestens genügen.



Im Heuchlinger Dorfladen berichtete Horst Beck, Geschäftsführer der Dorfladen UG, über das weitgehend regional ausgerichtete Sortiment und die Entwicklung des Projekts. Das frühere Schulgebäude sei jetzt zentrale Anlaufstelle im Ort und bietet neben dem Dorfladen mit Café auch einen Raum für die Ortschaftsverwaltung und verfügt über einen Geldautomaten sowie einen Defibrillator. Nach Auskunft von Ortsvorsteher Frank Schied nehmen die Heuchlinger dieses Angebot an und investieren nach dem Bau der Ortsumgehung verstärkt in Bauvorhaben. Weitere Stationen waren Gussenstadt, wo Gemeindegalerie und Kindergarten ein neues Zuhause unter einem Dach finden sollen, und die Bücherei in der Gartenstraße, deren Umzug in den Stelzenbau des Bildungszentrums geplant ist, um Barrierefreiheit und größere Nähe zur Schule herzustellen.

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
Redaktion: Danjela Folberth
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
Tel.: 07321/ 4 00 80 | Fax: 07321/ 4 00 42
E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de
Internet: www.andreas-stoch.de